

KLARTEXT



Dietrich W. Thielenhaus

Für die SHK-Report-Leser nimmt der Autor, im Hauptberuf geschäftsführender Gesellschafter der seit 1986 in der SHK-Branche erfolgreichen Marketing-Agentur Thielenhaus & Partner (Wuppertal), in seiner regelmäßigen Kolumne „KLARTEXT“ aktuelle Themen, Probleme und Herausforderungen auf's Korn.

Kalte Dusche

Wie Blitze aus heiterem Himmel sorgten die im August erfolgten Einbrüche bei Auftragsengängen, Industrieproduktion und Exporten für tiefe Verunsicherung. Vor allem die Dimension der Rückgänge erinnerte an das fatale Horrorjahr 2009, als die Finanzkrise mit voller Wucht die deutsche Wirtschaft erreicht hatte. So stürzten die Aufträge im August – gegenüber dem Vormonat – um 5,7 % ab, die Produktion brach um 4 % ein und die Ausfuhren gerieten mit einem Minus von 5,8 % unter die Räder. Damit wurde der von der Politik gepflegten Grundstimmung, Deutschland sei eine Art ökonomisch stabiler Insel der Glückseligen, schlagartig der Boden entzogen. Die führenden Wirtschaftsinstitute senkten umgehend ihre Wachstumsprognosen für 2014 von 1,9 % auf 1,3 %. Für das nächste Jahr wurde die Hochrechnung von 2 % auf 1,2 % zurückgenommen. Der IWF reduzierte seine Prognose für 2014 um einen halben Punkt auf 1,4 %. Der Bundesregierung empfehlen die Institute, durch eine Senkung der Abgabenbelastung und verstärkte Investitionsanreize die Wachstumskräfte zu fördern. Das zügige Abgleiten in eine Rezession ist nicht mehr auszuschließen.

„Fröhliches Umverteilen“

Gerätselt wird derzeit über die Ursachen des in seiner Dynamik mehr als überraschenden Konjunktüreintritts. Dabei wird vor allem auf die besorgniserregende Häufung internationaler Krisen verwiesen, die das Konsumverhalten der Privathaushalte und die Investitionsbereitschaft der Unternehmen zunehmend belasten. Aber auch der schwarz-roten Bundesregierung weisen die Wirtschaftsforscher eine Mitschuld am Abschwung zu. Hervorgehoben werden die wachstumshemmenden Wirkungen, die aus dem Rentenpaket und dem flächendeckenden Mindestlohn resultieren. Der Normenkontrollrat hat festgestellt, dass allein die zwischen Juli 2013 und Juni 2014 in Deutschland erlassenen Gesetze Wirtschaft, Bürger und Verwaltung mit 9,2 Mrd. Euro belasten. Die „Welt“ hofft, dass die Rezessionsgefahr „die Zeit des fröhlichen Umverteils“ innerhalb der Groko beendet werde. Der CSU-Vorsitzende, der den Koalitionsvertrag mit unterzeichnet hat, fordert jetzt „Vorfahrt für Wachstum und sichere Arbeitsplätze“.

Landschaftspflege

Neue Maßstäbe bei der dreisten Selbstbedienung und Korruption hat das System „schwarzer“ Kreditkarten bei der spanischen Pleitebank Caja Madrid / Bankia gesetzt. Davon profitiert haben führende Politiker der großen Parteien ebenso wie Spitzenfunktionäre der Gewerkschaften, die mindestens 15 Mio. Euro für private Ausgaben veruntreut haben. Kurze Zeit später musste das Institut mit 22 Mrd. Euro aus dem EU-Rettungsschirm vor dem Zusammenbruch gerettet werden. Erschreckend ist nicht nur die Selbstverständlichkeit, mit der mittlerweile europäische Steuergelder verbrannt werden, sondern auch die offenkundige Vergeblichkeit solcher „Rettungsmaßnahmen“.

„Politik nach Stimmungslage“

Fräglich ist derzeit, ob das für 2016 propagierte Ziel, erstmals seit 1969 im Bundeshaushalt keine neuen Schulden zu machen, überhaupt noch erreichbar sein wird. Für die SPD war die „schwarze Null“ ohnehin nie ein echtes Anliegen. Ei-

ner Faustregel zufolge kostet ein Zehntel Prozent weniger Wachstum rund 700 Mio. Euro Steuereinnahmen. Legt man die reduzierten Prognosen der Wirtschaftswesen zugrunde, so werden dem Finanzminister – gegenüber den bisherigen Planzahlen – 2014 4,2 Mrd. und 2015 weitere 5,6 Mrd. Euro fehlen. Auch vor diesem Hintergrund dürften sich die beschlossenen Wahlgeschenke als verhängnisvolle Fehlentscheidungen erweisen. Der „Spiegel“ kommentiert: „Die Große Koalition wurschtelt sich durch, verteilt Wohltaten und macht Politik nach Stimmungslage. So eine kurzfristige Politik kann sich noch bitter rächen – für die Koalitionäre aber auch für das ganze Land.“

Weiter auf Pump

Angesichts der schwachen Konjunktur in Europa fordern die EZB und der IWF von der „Lokomotive“ Deutschland neue, schuldenfinanzierte Maßnahmen zur Ankurbelung der Wirtschaft. Dagegen warnt der Bundesbankpräsident vor konjunkturpolitischen Strohfeuern. Auch die neu gebildete EU-Kommission hat opulente Investitionsprogramme angekündigt und möchte für deren Finanzierung den Euro-Rettungsfonds ESM nutzen. Diesen eklatanten Missbrauch hat Herr Schäuble (bisher) kategorisch abgelehnt, während sich in der SPD bereits Zustimmung abzeichnet. Der Informationsdienst „Czerwensky Intern“ merkt an: „Den Krisenstaaten würde es genau wie die umstrittene Geldpolitik der EZB mehr Zeit für ihre versprochenen Strukturreformen bringen, um sie wie gewohnt ungenutzt verstreichen zu lassen ...“

Bad Bank

Heftige Kritik an der EZB und der EU-Kommission hat der bayerische Finanzminister geübt. Angesichts der geplanten Zweckentfremdung von Geldern des Euro-Rettungsschirms und des Ankaufs von „Schrottpapieren“ stehe die Euro-Zone vor einer Richtungsentscheidung. Gehe es nach der EU, so würden soziale Ausgaben in überschuldeten Ländern einen größeren Stellenwert erhalten als die Sanierung der Staatsfinanzen. Zu dieser Zweckentfremdung müsse die Bundesregierung ebenso „laut und deutlich Stopp sagen“ wie zum beabsichtigten Ankauf von Zockerpapieren. Außerdem würden durch den Kauf sogenannter „forderungsbesicherter Wertpapiere“ Risiken von Pleitebanken auf den deutschen Steuerzahler verlagert. Die EZB dürfe nicht zur Bad Bank des ganzen Kontinents werden. Abzuwarten bleibt, ob diesen klaren Worten entsprechende politische Taten folgen werden.

Steuergerechtigkeit

Fast zwei Drittel aller 2013 von Steuerzahlern beanstandeter Steuerbescheide waren tatsächlich fehlerhaft. Konkret: 4,23 Mio. Einsprüche gingen bei den Finanzämtern ein, und 2,72 Mio. Bescheide (64,2 %) wurden nachträglich korrigiert. Als häufigste Fehler der Beamten benennen Praktiker Zahlendreher, die unbegründete Streichung von Abzugsposten, die Nichtberücksichtigung neuer Urteile und falsch angewandte Vorschriften. Die Dunkelziffer bei falschen Steuerbescheiden dürfte immens sein. Denn: Die meisten Steuerzahler sehen sich gar nicht in der Lage, die immer komplexeren Berechnungen und Ausnahmetatbestände auch nur annähernd nachzuvollziehen. Die „Dummen“ sind die, die sich keinen Steuerberater leisten (können).